

Nachdenken über die Zukunft einer linken Partei

Nur, wer die politischen Tarifbestimmungen von Staat, Gesellschaft und seinen Institutionen kennt, kann erfolgversprechend wie zielführend Beförderungsleistungen seiner politischen Inhalte im öffentlichen Politikbetrieb erbringen. Dazu gehört für DIE LINKE auch, immer eine umfassende Alternative zum existenten, Mensch und Natur verachtenden Kapitalismus im Gepäck zu haben. Auf solch ein System gestaltenden Einfluss zu nehmen, wäre eine wesentliche Aufgabe dieser Partei. In diesem Prozess gilt es jedoch, auch die bestehende „Rest“-Gesellschaft mitzunehmen. Denn die Umsetzung gesellschaftlicher Umbrüche, so nötig und so sinnvoll sie auch sein mögen - gegen die Menschen geht das nicht. Auch das sollte man aus dem Scheitern des staatsgelenkten Realsozialismus in der DDR und anderswo gelernt haben. Das heißt, man muss dafür arbeiten, dass eine Mehrheit für ein Veränderungsbewusstsein erzeugt wird und das eine mehrheitlich getragene Reformbereitschaft entsteht. Von dem kann bisher nicht die Rede sein. Man blicke nur auf den Ausgang der letzten Bundestagswahlen im September 2013, die in eine Große Koalition von Union und SPD mit mehr Ausfallstraßen für soziale Gerechtigkeit, als in Entlastungsstraßen für sozial Benachteiligte mündete.

Sie (DIE LINKE) braucht über ihre Parteigrenze hinaus Bündnispartner, wenn sie, wie Gramsci schrieb, die Hegemonie erringen will. Dazu zählen auch die Parlamente, wo man mit der Opposition gemeinsam, nach möglichst vielen Schnittmengen sucht, um möglichst wirkungsvoll dort einschlagen zu können, wo es Not tut, einen falschen Kurs der Regierungspolitik zu beschneiden. Vorrangig geht es jedoch darum, mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Verbände und Vereinen aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Kultur, Umwelt ggf. selbst bündnisfähig zu werden und letztlich bündnispolitisch aktiv zu werden: Um für eigene Alternativen zu werben, oder um notwendige Abwehrkämpfe auf Demokratie und Sozialstaat zu führen. Auch deshalb gilt: Wer die Gesellschaft verändern will, muss ein Teil von ihr sein. Ihre Spielregeln sollte man kennen. Nicht - um salopp gesagt - angepasst mitspielen zu können, sondern um dort wo es nötig ist, die Regeln zu ändern. Wirklich draußen bleiben nur die Hunde, nennen wir sie (aus aktuellem Anlass) Hoeneß, Schwarzer...Denn Steuerbetrug ist Sozialbetrug und hat mit Gerechtigkeit für die die Linkspartei steht, so gar nichts zu tun. Damit wären wir wieder beim Anfang und zugleich bei einem praktischen Beispiel: Man kann sich zwar in jeden Parteitagbeschluss, die Armutsbekämpfung und Steuergerechtigkeit rein beschließen, das nützt aber wenig, wenn man nicht um bestimmte Wirkungsmechanismen und um bis dahin geltende gesetzliche „Bestandsregeln“ weiß. Ein fundiertes „linksgesteuertes“ Steuersystem, das dann auch ein Gerechtigkeitssiegel verdient hat, lässt sich nur in Kenntnis des bestehenden, Steuergerechtigkeit schaffenden Regelwerks erarbeiten. Das ließe sich über jedes Politikfeld sagen, machen wir hier aber nicht.

Die letzte Bundestagswahl im September 2013 war in gewisser Weise ein historischer Einschnitt. Die FDP, eine Partei, die über zwanzig Jahre auf der Regierungsbank saß, wurde per Wählerentscheid zur parlamentarischen Ausfallerscheinung. Da ihr die weitere Arbeitserlaubnis im Bundestag entzogen wurde, haben wir es seitdem in Gestalt der Unionsparteien, mit einem „Schwarzen Block“ zu tun. Die nach der Wählermeinung erneut schwache SPD hat zwar in der Großen Koalition an Ministerien gekoppelte Dienstwagen gewonnen, aber an politischer Substanz hat sie nochmal verloren. Von einer tatsächlichen, durchaus wünschenswerten, sozialen Demokratie ist man auch mit der SPD des Sigmar Gabriel weiter entfernt denn je. Der Lack ist nämlich längst ab, den man im positiven Sinne noch sozialdemokratisch nennen durfte. Denn schaut man sich nur die ersten Schritte der SPD-Ministerriege im Regierungslager an, dann könnte man denken, sie hätten wesentliche in ihrem Wahlprogramm fixierte politische Handlungsrouten über Bord geworfen und sie bereiteten die Bevölkerung nun auf eine „Tauchfahrt ins Grauen“ vor: Die Richtung gibt ganz nach Kanzler-Art Mutti Merkel (CDU) vor, während das SPD-Tief Gabriel nur noch Kellner sein darf.

In dieser bundespolitischen Großwetterlage gilt es nun für DIE LINKE Politik zu machen:

konstruktiv, ideenreich, kämpferisch und öffentlichkeitswirksam. Das kann eine Chance für die Linkspartei sein. Hierbei muss sie strategisch, personell und inhaltlich Herausforderungen annehmen und sie bestehen, wenn sie nicht aus der politischen Manege fliegen und im Fahrwasser der Bedeutungslosigkeit untergehen will. Kluge, realistische und durchdachte Konzepte sind ebenso wichtig, wie viele kluge und aktive Mitglieder, die u.a. die Politikangebote der LINKEN auch unter die Leute bringen können. Die Gewinnung neuer Mitglieder - gerade junger Leute - dürfte somit zu einem immens wichtigen Dauerauftrag werden, wenn die Partei eine Perspektive haben will. Ein besonderer Stellenwert kommt in dieser Frage den Frauen zu. Sie machen die Hälfte der Menschheit aus, doch auch der LINKEN fehlen sie zunehmend. Gestattet sei deshalb die Frage: Warum? Ist DIE LINKE mit ihren Strukturen, ihrer Arbeitsweise oder in ihrem Umgang miteinander nicht frauen- b.z.w. familienfreundlich?

Kommen wir noch zum „ländlichen“ Raum. Fakt ist, dass die PDS/LINKE in den ostdeutschen Ländern schon lange den Status einer Volkspartei hat, welcher sie in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und nunmehr auch in Brandenburg in Regierungsverantwortung gebracht hat. Die beiden erstgenannten wurden inzwischen wieder abgewählt. Andere Regierungsbeteiligungen der LINKEN (auch im Westen) waren nach der Wahl-Arithmetik möglich, sie wurden aber von demokratieverdrossenen Politikern, politisch nicht gewollt und daher verhindert. Bei allen Schwierigkeiten, die schließlich auch zu Stimmenverlusten, oder zur Abwahl der Partei aus der Regierungsverantwortung geführt haben: Sie konnte dennoch wichtige linkssozialistische Pflöcke in das kapitalistische Fundament einbringen. So zum Beispiel den Einstieg in den öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor, Mindestlöhne, Verhinderung von Zwangsumzügen von HARTZ-IV- Beziehern, tausende neue Lehrer und Kita-Erzieher u.a.. Dies und anderes mehr, der Schwerpunkte und Ergebnisse LINKER Regierungsarbeit gilt es stets zu kommunizieren. Und das nicht nur gegenüber der eigenen Partei, sondern darüber hinaus. Hier wären die unmittelbaren Macher jener Politik in besonderer Verantwortung. Denn in einem Defizit der Vermittlung LINKEN Regierungshandelns in die (nicht-sozialistische) Öffentlichkeit, liegt für mich ihr vorgenanntes Scheitern beim Wähler begründet. Dabei sind positive wie negative Erfahrungen der Regierungsarbeit solidarisch wie kritisch aufzubereiten. Wenn die Linkspartei in diesem Prozess auch das lernt: Nicht nur über ihre Niederlagen zu reden, sondern mit mindestens der gleichen Leidenschaft, auch mit ihren Erfolgen hausieren zu gehen, dann wird sie in den kommenden Jahren vielleicht noch wirkungsmächtiger und nachhaltiger, sprich raumgreifender werden. Ob sich dann in absehbarer Zeit auf bundespolitischer Ebene ein Regierungsbündnis mit der LINKEN entwickeln kann, das steht auf einem anderen Papier. Aber nicht auf diesem.

Cottbus, den 14.03. 2014 René Lindenau